

EU-Plan zum Bahnverkehr: Wichtiger Schritt für Klimaschutz, wenn Umsetzung gelingt

geschrieben von Andreas | 14. Dezember 2021



Mit ihrem heute vorgestellten Aktionsplan verbessert die EU-Kommission die Chancen für schnelle europäische Zugverbindungen erheblich. Nun ist entschiedene Unterstützung des neuen Bundesverkehrsministers Wissing für die Umsetzung gefragt.

Berlin (14. Dez. 2021). Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch sieht im heute von der EU-Kommission vorgelegten Aktionsplan gute Chancen für einen Aufbruch beim europäischen Langstrecken-Bahnverkehr. „Dieser Aktionsplan kann zum Startpunkt für eine europäische Renaissance der Bahn werden. Die EU geht das Problem des besonders klimaschädlichen Fernverkehrs an, benötigt dafür aber nun auch die volle Unterstützung des neuen Bundesverkehrsministers“, sagt Jacob Rohm, Verkehrsreferent bei Germanwatch. „Minister Wissing kann hier ein deutliches Signal für den Klimaschutz setzen indem er sich klar hinter den Aktionsplan stellt. Ohne starke Unterstützung der Bundesregierung droht dem Aktionsplan das gleiche Schicksal wie bisherigen Initiativen der EU-Kommission zur Europäisierung und Verbesserung des Schienenverkehrs.“

Positiv ist aus Sicht von Germanwatch, dass die Kommission für ein schnelles Hochfahren neuer europäischer Zugverbindungen die Finanzierung der Anschaffung grenzüberschreitend fahrender Züge voranbringen will, unter anderem über die Europäische Investitionsbank. Auch wenn der Kommissionsvorschlag hier noch nicht weit genug geht. Rohm verdeutlicht die Größenordnung: „Für das Ziel, den Hochgeschwindigkeitsverkehr bis 2030 zu verdoppeln, brauchen wir in der EU in etwa 1.000 zusätzliche Züge. Die Anschaffung muss nun schnell starten, denn Züge zu bauen dauert seine Zeit.“

Der ebenfalls wichtige Vorstoß, dass die Bahnen bei Passagierdaten zusammenarbeiten sollen, würde endlich eine einfachere Buchung internationaler Verbindungen ermöglichen und Anschlussverbindungen garantieren. Entscheidend für ein Ende des europäischen Flickenteppichs beim Bahnverkehr ist zudem, dass die Kommission ihre im Aktionsplan noch zu vage Überlegung umsetzt, den grenzüberschreitenden Zugverkehr besser zu koordinieren. Germanwatch schlägt vor, hierfür eine Stärkung der Europäischen Eisenbahnagentur zu prüfen.

„Umfragen zeigen, dass die Menschen bereit sind, auch auf längeren Strecken die Bahn anstelle des Flugzeugs zu nutzen. Doch dafür brauchen sie gut getaktete und einfach zu buchende internationale Verbindungen zu vernünftigen Preisen“, so Rohm. „Die EU-Kommission hat das verstanden. Die Bundesregierung sollte jetzt ein Zeichen zur Unterstützung der Kommissionsinitiative setzen und in einem ersten Schritt die Senkung der Schienenmaut für grenzüberschreitende Verbindungen veranlassen.“

Weitere Informationen:

„Europe on Rail“ ist eine von Germanwatch initiierte europäische Initiative für eine Renaissance der europäischen Eisenbahn als klimafreundliches, schnelles und grenzüberschreitend verbindendes Verkehrsmittel. In Zusammenarbeit mit Bahnunternehmen, Herstellern, Gewerkschaften, Verbraucherverbänden, politischen

Entscheidungsträgern und Think Tanks wollen wir ehrgeizige und konkrete politische Maßnahmen für die Stärkung der Bahn in Europa als Alternative zum sehr klimaschädlichen Flugzeug fördern.

Kontakte für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher

Katarina Heidrich
Pressereferentin

Pressekontakt:

presse@germanwatch.org

Stefan Küper | kueper@germanwatch.org | Tel. +49 (0)151 / 252 110 72

Katarina Heidrich | heidrich@germanwatch.org | Tel. +49 (0)151 / 742 968 18

Bundespreis Ecodesign geht an 10 Produkte und Konzepte mit innovativ-nachhaltigem Design

geschrieben von Andreas | 14. Dezember 2021



bundespreis ecodesign

Heute wurde der Bundespreis Ecodesign 2021 an zehn Preisträger*innen verliehen. Ausgezeichnet wurden sehr unterschiedliche innovative Projekte, wie z.B. Körper- und Haar-Pflegemittel zum Selbstmischen, ein Schulgebäude mit klimapositiver Energiebilanz, Online-Bestellungen ohne Versandmüll oder ein neues Leben für alten Pelz. Die Preisverleihung markiert zugleich das zehnjährige Jubiläum der höchsten staatlichen Auszeichnung für ökologisches Design in Deutschland.

Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin und Jurymitglied: „Attraktives Design, das höchste Ansprüche an Ökologie und Ästhetik vereint, ist moderner Umweltschutz. Ob ein Produkt sich positiv oder negativ auf die Umwelt auswirkt, wird maßgeblich über sein Design entschieden. Ecodesign konsequent gedacht – von der Herstellung über die Nutzung bis zum Recycling – macht es möglich, Konsum vom Ressourcen- und Energieverbrauch zu entkoppeln. Es geht darum, Gestaltung, Ökologie und Nutzwert optimal miteinander zu verbinden.“

Schwarzelühr-Sutter wies auch darauf hin, dass die Umwelteigenschaften von Produkten und Dienstleistungen vielfach offensiv gegenüber Verbraucherinnen und Verbrauchern beworben würden. Dabei komme es allerdings vermehrt zur irreführenden Verwendung von Begriffen mit Umweltbezug. „Den inflationären Gebrauch der Begriffe ‚klimaneutral‘ und ‚klimapositiv‘ sehen wir kritisch. Manchmal stehen dahinter

gute Absichten, häufig ist es jedoch Greenwashing und Verbrauchertäuschung.“ Daher unterstütze man entsprechende Aktivitäten in der EU und weltweit, um dem entgegenzuwirken.

Dr. Dirk Messner, UBA-Präsident: „Das Thema Ecodesign hat enorm an Bedeutung gewonnen. Ecodesign spielt mittlerweile eine zentrale Rolle in der Kreislaufgesellschaft und der Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wohlstand. Diese gewachsene Bedeutung spiegelt sich auch im Bundespreis Ecodesign wider.“

Der Bundespreis Ecodesign geht im Jahr 2021 an folgende Projekte:

Kategorie Produkt

- CareTwice Shampoopulver – CareTwice UG (Firmensitz: Stuttgart, Baden-Württemberg)
Durch Zugabe von Wasser lässt sich das in Papier verpackte Shampoopulver zu Hause in flüssiges Haarwaschmittel verwandeln. Das bedeutet eine erhebliche Einsparung von Material und Energie.
[CareTwice Shampoopulver \(bundespreis-ecodesign.de\)](https://www.bundespreis-ecodesign.de/)
- Duschgel- & Handseifen-Pulver – Less Waste Club UG (Firmensitz: Kirchroth, Bayern)
Der Wasseranteil dieser Körperpflegeprodukte in Pulverform wird nahezu auf null reduziert. Dies und der Verzicht auf Plastikverpackung sparen im Herstellungs- und Lieferprozess einen Großteil der CO²-Emissionen ein.
[Duschgel- & Handseifen Pulver \(bundespreis-ecodesign.de\)](https://www.bundespreis-ecodesign.de/)
- Natürlicher Softshell – Hess Natur-Textilien GmbH & Co. KG (Firmensitz: Butzbach, Hessen)
Der Softshell aus reiner Bio-Baumwolle vereint Tragekomfort, Design sowie Alltagstauglichkeit und kommt ganz ohne problematische Inhaltsstoffe aus.

Natürlicher Softshell (bundespreis-ecodesign.de)

- NEO 3R 9,8 MM – EDELRID GmbH & Co. KG (Firmensitz: Isny, Baden-Württemberg)
Zu einer Hälfte aus Neumaterial und zur anderen Hälfte aus recycelten Seilen, zeigt dieses Modell als erstes dynamisches Bergseil, dass sich die Einhaltung hoher Sicherheitsstandards und Ressourcenschonung nicht ausschließen müssen.

[NEO 3R 9,8 MM \(bundespreis-ecodesign.de\)](https://bundespreis-ecodesign.de)

- VIOWALL Glasschaumkissen – Viol.Glass (Firmensitz: München, Bayern)
Diese Lösung für eine natürliche Trocknung feuchter Wände besteht aus Kissenelementen gefüllt mit Glasschaum, der aus Altglas gewonnen wird. Die Kissen bilden nicht nur eine effiziente Feuchtigkeitsbarriere, sondern verzichten auch auf den Einsatz erdölbasierter Stoffe.

[VIOWALL \(bundespreis-ecodesign.de\)](https://bundespreis-ecodesign.de)

Kategorie Service

- RePack – Original RePack Oy (Firmensitz: Helsinki, Finnland)
Als Dienstleistung für wiederverwendbare Versandpackungen sorgt dieses Projekt für die Entmüllung des E-Commerce. Online-Shops verschicken ihre Ware in RePacks und Verbraucher*innen senden sie durch Einwurf beim nächsten Briefkasten kostenfrei zurück.

[RePack \(bundespreis-ecodesign.de\)](https://bundespreis-ecodesign.de)

Kategorie Konzept

- Null-Energie-Fachklassentrakt – LIEBEL/ARCHITEKTEN BDA

(Firmensitz: Aalen, Baden-Württemberg), Transsolar Energietechnik GmbH (Firmensitz: Stuttgart, Baden-Württemberg), Stadt Aalen als Bauherr

Das Null-Energie-Gebäude zieht maximale Verwertung aus Sonne, Thermik und Erdwärme, sodass es am Ende des Jahres mindestens genauso viel Energie erzeugt wie verbraucht hat. Die Bilanz umfasst Gebäudebetrieb sowie Energiemengen für Nutzungsstrom.

[Null-Energie-Fachklassentrakt \(bundespreis-ecodesign.de\)](https://www.bundespreis-ecodesign.de)

Kategorie Nachwuchs

- Ein Pelzmantel und seine Folgen – Magdalena Keller (Hochschule Niederrhein, NRW)

Die Masterarbeit beschäftigt sich mit der Weiterverwendung von alten Pelzmänteln und Fellabfällen aus invasiver Jagd. Pelzreste können zu Garn verarbeitet werden, aus dem wiederum eine langlebige, recyclebare Modekollektion hervorgeht.

[Ein Pelzmantel und seine Folgen \(bundespreis-ecodesign.de\)](https://www.bundespreis-ecodesign.de)

- MaterialLab – Florian Henschel (Bauhaus-Universität Weimar, Thüringen)

Das System aus Experimentierkästen bietet Grundschulkindern die Möglichkeit, verschiedene Recycling- und Abfallprozesse selbst durchzuführen. So wird Bewusstsein für den Wert von „Müll“ geschaffen und zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Abfällen motiviert.

[MaterialLab \(bundespreis-ecodesign.de\)](https://www.bundespreis-ecodesign.de)

- Platzhalter – Lasse Schlegel, David Schwarzfeld (Hochschule für Bildende Künste Braunschweig, Niedersachsen)

Das Projekt transformiert Werbeflächen zu Orten, wo nicht länger Konsumbotschaften platziert werden, sondern an denen Menschen zum Austausch zusammenkommen. In unterschiedlichen Veranstaltungsformaten wird die Gestaltung des öffentlichen Raums thematisiert.

[Platzhalter \(bundespreis-ecodesign.de\)](http://bundespreis-ecodesign.de)

Das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt loben den Bundespreis Ecodesign seit 2012 jährlich gemeinsam mit dem Internationalen Design Zentrum Berlin aus. Der Wettbewerb zeichnet in den vier Kategorien Produkt, Service, Konzept und Nachwuchs herausragende Arbeiten aus, die aus Umwelt- und Designsicht überzeugen. Er richtet sich an Unternehmen aller Größen und Branchen sowie Studierende.

Innovationsgehalt, Gestaltungsqualität und Umwelteigenschaften stehen bei der Bewertung im Vordergrund. Auch Auswirkungen auf die Alltagskultur und das Verbraucherverhalten werden berücksichtigt. Dabei findet der gesamte Produktlebenszyklus von den Vorstufen der Produktion, über Fertigung, Distribution und Nutzung bis hin zum „End of Life“ Beachtung.

Weitere Informationen

[Galerie der Preisträger*innen](#)

[Mitglieder der Jury](#)

[Website des Bundespreises Ecodesign](#)

Kontakt für Bildmaterial

Jasmin Suhr | presse@bundespreis-ecodesign.de

Büro Bundespreis Ecodesign

c/o IDZ | Internationales Design Zentrum Berlin e.V.

Hagelberger Straße 52 | 10965 Berlin

T +49 30 61 62 321-22

presse@bundespreis-ecodesign.de

bundespreis-ecodesign.de

facebook.com/BundespreisEcodesign

twitter.com/bundespreiseco

instagram.com/bundespreisecodesign

linkedin.com/in/bundespreis-ecodesign-6374b9217

Förderung existenzsichernder Löhnen in Indien – Brands Fashion lässt erste Lieferkette nach dem Fairtrade Textilstandard zertifizieren

geschrieben von Andreas | 14. Dezember 2021



Buchholz, Dezember 2021 | Brands Fashion führt als erstes Unternehmen Produkte mit dem Fairtrade Textilstandard Siegel ein. Das Novum des Siegels: Schrittweises Einführen existenzsichernder Löhne in der gesamten Lieferkette.

Brands Fashion ist Vorreiter in der Textilbranche und hat sich einer der anspruchsvollsten Zertifizierungen verpflichtet: dem Textilstandard von Fairtrade. Das neue Siegel soll für mehr Fairness und Gerechtigkeit entlang der textilen Wertschöpfungskette sorgen. Ziel ist es, Rechte für Arbeiterinnen und Arbeiter zu stärken und existenzsichernde

Löhne zu realisieren. Seit 2017 wurden am Produktionsstandort Indien dazu intensive Trainings und Schulungen für die Arbeitnehmer und -geber durchgeführt, die ein Bewusstsein für gerechte Löhne schaffen, sensibilisieren und aufklären. Außerdem wurden demokratisch gewählte Arbeitnehmervertretungen implementiert, die ihrerseits gezielt geschult werden und für ihre Kollegen als Ansprechpartner dienen, wenn es um Arbeits- und Sozialrechte geht. Auch die Einführung von existenzsichernden Löhnen wurde in konkreten Maßnahmenplänen besprochen und festgelegt. Die teilnehmenden Betriebe müssen neben den fairen Arbeitsbedingungen auch hohe Umweltauflagen erfüllen.

Die Standards des Fairtrade-Siegels hat Brands Fashion im Rahmen eines develoPPP-Entwicklungsprojekts gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH umgesetzt. Gefördert wird das Projekt über das develoPPP-Programm, mit dem das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unternehmerische Initiativen mit entwicklungspolitischem Nutzen unterstützt.

In 2021 gelang es dann schließlich, alle teilnehmenden Betriebe nach dem anspruchsvollen Standard zu zertifizieren und somit die erste Lieferkette hervorzubringen, die sich im Rahmen des Programms zur Umsetzung von existenzsichernden Löhnen verpflichtet. Kontrolliert und zertifiziert wird dies regelmäßig von FloCERT, dem unabhängigen Zertifizierungsinstitut von Fairtrade. Die ersten Textilien, die mit dem Fairtrade Textilstandard ausgezeichnet wurden, sind seit Oktober 2021 im Handel erhältlich. „Wir sind stolz mit dem VfB Stuttgart einen ersten Partner gefunden zu haben, der diesen Weg mit uns bestreiten möchte“, erklärt Mathias Diestelmann, CEO von Brands Fashion.

„Wir sind Vorbilder und als solche sollten wir auch mit gutem Beispiel vorangehen“, ist sich der Vorstandsvorsitzende des VfB Stuttgart, Thomas Hitzelsberger, sicher. Er hofft, dass das gute Beispiel Schule macht und auch andere Clubs in der

Bundesliga und darüber hinaus folgen. Zum Marktstart des neuen Siegels hat Fairtrade gemeinsam mit Brands Fashion und dem VfB Stuttgart ein Video produziert, das den neuen Standard vorstellt.

Mindestlohn ≠ Existenzsichernder Lohn

Der Mindestlohn wird in der Regel von einem Land für einen Industriezweig gesetzlich festgelegt. Das heißt aber noch nicht, dass der Arbeiter von diesem Lohn auch leben kann. Ein sogenannter existenzsichernder Lohn liegt für Textilarbeiterinnen und -arbeiter deutlich über dem Mindestlohn und deckt grundlegende Bedürfnisse von Familien. Er ermöglicht Arbeiter*innen eine angemessene Unterkunft und nährstoffreiche Ernährung sowie Ausgaben für Gesundheitsvorsorge, Bildung, Kleidung, Transport und Rücklagen.



Mindestlohn ≠ Existenzsichernder Lohn

Über Brands Fashion:

Brands Fashion ist Europas Marktführer für nachhaltige Corporate Workwear. Der Textil-Pionier entwickelt seit 2002 hochwertige und modische Arbeitskleidung für namhafte Unternehmen in Europa und den USA. Zudem umfasst das Portfolio eine große Bandbreite an Private Label-, Merchandising- und Promotion-Artikeln. Im Mittelpunkt stehen dabei die individuellen Anforderungen der Kunden. Brands bietet eine One Stop Solution: vom kreativen Design und einer marktorientierten Produktentwicklung bis hin zu weltweiten

Logistik- und Webshop-Lösungen. 2019 gründete Brands Fashion mit der dänischen Firma Scan-Thor die GoJungo GmbH. Als innovative Plattform übernimmt das Start-up für Marken die komplexen und zeitaufwändigen Prozesse für den erfolgreichen Verkauf von insb. textilen Produkten auf Online-Marktplätzen. Weitere Informationen unter www.brands-fashion.com

Pressematerial kann angefordert werden bei:

Menyesch Public Relations GmbH

Tobias Böcher

Kattrepelsbrücke 1

20095 Hamburg

Tel.: +49 (0) 40 36 98 63-19

Fax: +49 (0) 40 36 98 63-10

E-Mail: brands@m-pr.de

Firmenkontakt:

Brands Fashion GmbH

Maret König

Müllerstr. 11

21244 Buchholz i.d.N.

Tel: +49 4181 / 9422-545

Fax: +49 (0) 4181-9422-500

E-Mail: maret.koenig@brands-fashion.com

„FlyingLess – erfolgreich forschen, weniger fliegen“

geschrieben von Andreas | 14. Dezember 2021



INSTITUT FÜR ENERGIE-
UND UMWELTFORSCHUNG
HEIDELBERG

(Heidelberg/Berlin) Immer mehr Unis und Hochschulen wollen klimaneutral werden. Dabei stellen sie fest, dass die Flüge ihrer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu Treffen und Konferenzen in aller Welt oft der größte Posten unter ihren Klimagas-Emissionen sind. „Der Anteil erreicht oft zwischen 25 und 60 Prozent“, erklärt Dr. Susann Görlinger. Das ifeu startet darum jetzt das Projekt „FlyingLess“. Es soll gemeinsam mit der Wissenschaft Wege zu weniger Fliegen aufzeigen und etablieren.

In der Wissenschaft gehört der persönliche Austausch über Ländergrenzen und über Kontinente hinweg längst zum Alltag. „Insbesondere Professorinnen und Professoren, aber auch jüngere Wissenschaftler:innen und Promovierende, fliegen heute regelmäßig zu Konferenzen und Treffen weltweit“, erklärt FlyingLess-Projektleiterin Dr. Susann Görlinger.

Die immer weiter gesunkenen Kosten des Fliegens haben dazu genauso beigetragen wie die Internationalisierung der Forschung. „Die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ländern in Europa und auch mit Forschungseinrichtungen in Amerika und Asien ist gewollt und sinnvoll. Unser Projekt soll jedoch helfen, die Anforderungen des Klimaschutzes und der Wissenschaft zusammenzubringen“, so Görlinger.

Viel guter Wille – viele Hindernisse

Die Zahl der Flüge geht vermutlich auch in der Wissenschaft nach Corona wieder stark nach oben. Gleichzeitig gibt es an Hochschulen und Forschungseinrichtungen generell eine hohe Bereitschaft zum Klimaschutz. Doch für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gelte der persönliche Austausch auf internationalen Konferenzen auch als Ausweis

wissenschaftlicher Exzellenz – auch wenn einige dieser Treffen durch gut funktionierende digitale Formate ersetzt werden könnten.

Bis zur Corona-Pandemie wurden Flugreisen aber kaum infrage gestellt, denn auch Reisekosten und Reisedauer lieferten eher Argumente für als gegen das Fliegen. Zugfahrten sind oft teurer und die Reisezeiten per Bahn oder mit dem Auto sind auf längeren Strecken hoch.

Projekt bietet exklusive Infos für weitere Partner

Gerade weil Wissenschaft keine Grenzen kennt, tut sie sich schwer, die Vielfliegerei einzuschränken. „Wir werden zunächst gemeinsam mit vier Hochschulen und Forschungseinrichtungen einheitliche Verfahren entwickeln, um die Höhe der Flugemissionen an den einzelnen Einrichtungen zu ermitteln“, erklärt Susann Görlinger den ersten Schritt des Projektes. Neben den vier Partnern können sich auch weitere Unis oder Forschungseinrichtungen anschließen. Sie werden dann über neue Ergebnisse informiert und können in Umfragen ihre eigenen Erfahrungen mit einfließen lassen.

In dem Projekt sind umfangreiche Interviews mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Verwaltungen und Studierenden geplant. Sie sollen klären, welche Hindernisse es gibt, die Zahl der Flüge abzubauen. Dazu kann gehören, dass Vorträge auf Konferenzen für die wissenschaftliche Vita oft nur dann zählen, wenn sie in Präsenz gehalten wurden. Oder dass in den Förderrichtlinien für die Zusammenarbeit mit anderen Forschenden physische Besuche und Treffen bei den verschiedenen Einrichtungen vorgeschrieben sind.

Auf Basis der Auswertung sollen dann gemeinsam mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen Alternativen zu den Flugreisen entwickelt und eingeführt werden.

Strukturen ändern, die Fliegen fördern

Mit dem Projekt „FlyingLess“ soll die Problematik der

Vielfliegerei in der Wissenschaft an Unis und Forschungseinrichtungen auch bekannter werden. „Wissen ist die Voraussetzung für Veränderung und einen kulturellen Wandel. Wir wollen auch helfen, die durch Corona etablierten und bewährten Formen der Zusammenarbeit wie Videokonferenzen und -präsentationen jetzt dauerhaft zu etablieren“, erklärt Görlinger. Die Erfahrungen mit virtuellen Formaten während der Pandemie haben auch gezeigt, dass diese im Vergleich zu Präsenzmeetings inklusiver sind, da Wissenschaftler:innen aus anderen Kontinenten und solche, die wegen Kinderbetreuung weniger reisen können, zahlreicher teilnehmen können.

Das Projekt FlyingLess wird in enger Zusammenarbeit mit dem European Molecular Biology Laboratory (EMBL) und dem Max-Planck-Institut für Astronomie in Heidelberg sowie den Universitäten Konstanz und Potsdam durchgeführt.

Es läuft unter Federführung des ifeu zusammen mit dem TdLab Geographie unter der Leitung von Dr. Nicole Aeschbach am Geographischen Institut der Universität Heidelberg.

Gefördert wird FlyingLess über drei Jahre im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU).

Pressekontakt:

ifeu Heidelberg

Dr. Susann Görlinger

Projektleitung

0622 14 767 – 118

susann.goerlinger@ifeu.de

Agentur Ahnen&Enkel

Kai Weller

030 391 05 133

weller@ahnenenkel.com

Führungswechsel bei foodwatch International: Jörg Rohwedder tritt Nachfolge von Gründer Thilo Bode an

geschrieben von Andreas | 14. Dezember 2021



Pressemitteilung

Berlin, 1. Dezember 2021. Jörg Rohwedder ist neuer Geschäftsführer von foodwatch International. Er tritt die Nachfolge von Gründer Thilo Bode an, der sich nach fast 20 Jahren an der Spitze der Verbraucherorganisation zum Jahresende zurückzieht. Jörg Rohwedder ist seit vielen Jahren in verschiedenen politischen Organisationen aktiv, unter anderem war er Campaigner bei der Online-Plattform WeMove und Geschäftsführer der Bewegungsstiftung. Zuletzt arbeitete der 53-jährige im Geschäftsführungsteam von Lobbycontrol.

„Die Agrar- und Lebensmittelindustrie macht Profite auf Kosten von Umwelt, Klima und Tieren und auf Kosten der Gesundheit der Verbraucher:innen – das muss aufhören!“, so Jörg Rohwedder. „Meine Aufgabe sehe ich darin, foodwatch als eine wirklich europaweit tätige Organisation auszubauen. Ich bin überzeugt, Europa braucht eine schlagkräftige internationale Verbraucherorganisation als Gegengewicht zu einflussreichen Lobbyinteressen. Ich freue mich, diese Riesenaufgabe gemeinsam

mit dem foodwatch-Team anzugehen.“

Thilo Bode, der foodwatch 2002 gegründet hat, zieht sich aus der Organisation zurück: „Auch wenn es mir nicht leicht fällt, ist es jetzt an der Zeit, Platz zu machen, für eine neue Führungsriege. foodwatch hat es in den vergangenen Jahren geschafft, Ernährung zu einem politischen Thema zu machen. Aber: Das Ernährungssystem als Ganzes zu verbessern, ist uns nicht gelungen. Es bleibt viel zu tun – eine internationale Verbraucherorganisation in Europa ist wichtiger denn je. Ich wünsche Jörg und dem gesamten foodwatch-Team alles Gute!“

foodwatch arbeitet als unabhängige Verbraucherorganisation. Der eingetragene Verein gliedert sich in zwei Geschäftsbereiche: „foodwatch Deutschland“, geleitet von Geschäftsführer Chris Methmann, und „foodwatch International“, das als Dachorganisation für die nationalen foodwatch-Büros fungiert. Neben Berlin gibt es mittlerweile Büros in Amsterdam (seit 2010), Paris (2014), Brüssel (2020) und Wien (2020). Die Organisation finanziert sich insbesondere über Förderbeiträge und Spenden. In Deutschland unterstützen mehr als 44.000 Mitglieder die Arbeit.

Quellen und weiterführende Informationen:

[Portraitfotos und Kurzvita Jörg Rohwedder](#)

[Portraitfotos und Kurzvita Thilo Bode](#)

Pressekontakt:

foodwatch e.V.

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

Mobil: +49 (0)174 / 3 75 16 89

foodwatch mahnt Rewe wegen irreführender Klima-Werbung ab – Handelsunternehmen vermarktet klimaschädliches Produkt als „klimaneutral“

geschrieben von Andreas | 14. Dezember 2021



Pressemitteilung

Berlin, 2. Dezember 2021. Die Verbraucherorganisation foodwatch hat den Handelskonzern Rewe abgemahnt, weil dieser das Hähnchenfleisch seiner Rewe-Eigenmarke Wilhelm Brandenburg als „klimaneutral“ bewirbt. Verbraucher:innen könnten die Werbung so verstehen, dass sich die Produktion des Hähnchenfilets nicht schädlich auf das Klima auswirke. Tatsächlich werde das Hähnchenbrustfilet weder emissionsfrei hergestellt noch würden die bei der Produktion anfallenden Emissionen ausgeglichen. foodwatch-Recherchen belegen: Das Wald-Projekt in Peru, durch das die Treibhausgas-Emissionen kompensiert werden sollen, schützt den dortigen Wald und damit auch das Klima nicht. Das Hähnchenbrustfilet von Rewe ist einer der Kandidaten für die Wahl zum Goldenen Windbeutel 2021 (www.goldener-windbeutel.de), dem Preis für die dreisteste Werbelüge des Jahres. foodwatch spricht sich für eine klare

Regulierung von „nachhaltigen“ Werbeversprechen aus.

„Von wegen Klimaretter – das Hähnchenfleisch von Rewe ist eine dreiste Klimalüge. Mit manipulierten Zertifikaten rechnet Rewe Fleisch klimaneutral – doch durch das Kompensationsprojekt in Peru werden Bäume nicht geschützt, sondern gefällt“, kritisierte Manuel Wiemann, Wahlleiter des Goldenen Windbeutels. „Klima- und Umweltwerbung auf unökologischen Produkten muss gestoppt werden!“

Die Tierhaltung trägt weltweit mit über 15 Prozent zu den vom Menschen verursachten Treibhausgas-Emissionen und damit zum Klimawandel bei. Es sei grundsätzlich irreführend, Fleisch als „klimaneutral“ zu bewerben, kritisierte foodwatch. Für die vermeintliche „Klimaneutralität“ der in Bayern verkauften Wilhelm Brandenburg-Geflügelprodukte kompensiert Rewe Treibhausgas-Emissionen über den Anbieter „Climate Partner“. Dafür werden ausschließlich Zertifikate eines Projekts zum Waldschutz mit nachhaltigem Paranussanbau in Tambopata/ Peru gekauft. Eine von foodwatch in Auftrag gegebene Recherche zeigt: Das Projekt erfüllt nicht die grundlegenden Anforderungen an Kompensationsprojekte. Es schafft keinen zusätzlichen Nutzen für das Klima und existierte mindestens in den ersten Jahren nur auf dem Papier. Die Zertifikate für das Geflügelfleisch von Rewe stammen aus den Jahren 2010-2012. Für diesen Zeitraum hat das Projekt nachweislich keinerlei Emissionsreduktionen bewirkt, die Zertifikate sind also falsch. Dass das Projekt keinen zusätzlichen Nutzen für Wald und Klima bringt, zeigt auch die tatsächliche Entwaldungsrate. Nach Projektbeginn hat die Entwaldung nicht wie versprochen abgenommen, sondern zugenommen. Lag die Entwaldungsrate vor Projektbeginn bei durchschnittlich 0,15 Prozent pro Jahr (2001-2010), verdoppelte sie sich nach Projektbeginn auf durchschnittlich 0,29 Prozent (2010-2020). Das Projekt konnte also keinerlei Abholzung verhindern – im Gegenteil, es wurden mehr Bäume gefällt als vorher. Neben Rewe hat foodwatch auch die Lohmann & Co. AG (PHW-Gruppe) abgemahnt. Der größte

deutsche Geflügelzüchter stellt das Produkt im Auftrag von Rewe her. Die beiden Unternehmen haben bis zum 6. Dezember Zeit, eine Unterlassungserklärung abzugeben.

Neben Rewe hat foodwatch Produkte von Danone, Naturally Pam, Darboven und Katjes für den Goldenen Windbeutel 2021 nominiert. Die meisten von ihnen präsentieren sich als besonders klima- und umweltfreundlich – können diese Werbeversprechen aber nicht halten, kritisierte foodwatch. Verbraucher:innen können noch bis zum 12. Dezember auf www.goldener-windbeutel.de aus den fünf Kandidaten ihren Favoriten für den Preis der dreistesten Werbelüge wählen. Dem Hersteller des Produkts mit den meisten Stimmen will foodwatch den Negativpreis am Firmensitz überreichen.

Links:

Online-Abstimmung Goldener Windbeutel:
www.goldener-windbeutel.de

Quellen und weiterführende Informationen:

[Abmahnung Rewe](#)

[Factsheet zum Rewe-Hähnchenbrustfilet](#)

[foodwatch-Recherche zum Tambopata-Waldschutzprojekt in Peru](#)

[Fotostrecke der Windbeutel-Kandidaten zum Download \(inkl. Rewe\)](#)

Pressekontakt:

foodwatch e.V.

Sarah Häuser

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)170 523 74 71

Lebendiger Boden, lebendiger ECOVIN Verband: Jungwinzer*innen tagen online

geschrieben von Andreas | 14. Dezember 2021



PRESSEMITTEILUNG

Oppenheim, 01. März 2021: Mehr als 70 Teilnehmer*innen, drei Impulsreferate rund um das Thema Boden, intensive Kleingruppenarbeit und eine interessante Weinprobe – die 7. ECOVIN Jungwinzer*innentagung am 27. Februar 2021 beweist, dass auch Online-Formate erfolgreich für Weiterbildung und Vernetzung genutzt werden können.

78 Jungwinzer*innen von 20 bis Ende 40 aus fast allen deutschen Anbaugebieten plus Luxemburg, Südtirol und Bremen versammelten sich einen Samstagnachmittag lang, um mehr über den Boden zu lernen und sich auszutauschen. Zwei Drittel der Teilnehmenden waren ausgebildete oder angehende Winzer*innen, manche anderweitig mit der Weinbranche verknüpft, z.B. Studierende der Hochschule Geisenheim University (HGU).

Das Organisationsteam sendete live aus dem Geisenheimer Hochschulkeller, Anne Meyer von ECOVIN und Mathias Scheidweiler von der HGU moderierten die Veranstaltung, die den Boden in den Mittelpunkt stellte. „Jeder Weinbau beginnt

mit dem Boden. Ein gesunder und lebendiger Boden bildet die Grundlage für gesunde Reben und gesunde Trauben“, sagte Anne Meyer. „Jeder unserer drei Referenten bringt mit seinem Ansatz auf seine Art Schwung in das Bodenleben.

Referent Dr. Manfred Schulte-Karring berichtete aus seiner Arbeit als Bodenberater im Weinbau, stellte dabei häufige Fehler bei der „Bodenverbesserung“ heraus und empfahl konkrete alternative Vorgehensweisen. ECOVIN Winzer Georg Forster von der Nahe hielt ein leidenschaftliches Plädoyer für die Nutzung eigener Komposte im Weinberg, um Bodenleben und Pflanzenwachstum zu verbessern. Klaus Rummel, ebenfalls ECOVIN Winzer, schilderte auf Pfälzisch, wie Weingüter mit einer betriebseigenen Kläranlage autarker werden und regte zur Reflektion des eigenen Wasserverbrauchs im Weingut an.

Nach den drei Impulsvorträgen diskutierten die Teilnehmer*innen in 6er-Gruppen ihre Eindrücke und Erkenntnisse. Dabei ging es weniger um einzelne naturwissenschaftliche Fakten, als um den Boden und seine Vitalität als Gesamtsystem. So war der Tenor der Bewertung unter den Teilnehmenden auch eher emotionaler als sachlicher Natur. „Die Tagung hat Mut gemacht“, „ich fühle mich inspiriert und zuversichtlich, wie ich Boden neu denken kann“ oder „ich habe Lust, das Thema Boden im Betrieb anzupacken“ waren einige Stimmen.

Die Tagung schloss mit einer Verkostung von drei ECOVIN Weinen. Referent Georg Forster steuerte einen Riesling vom Kies 2019 bei, Klaus Rummel seinen California trocken 2019, hinter dem sich die PIWI-Rebsorte Sauvignac verbarg. Der dritte Wein war ein Pinot Noir Pilgerstein trocken 2018 von Hanneke Schönhals, die die Tagung lange organisatorisch begleitet hatte.

„Dank professioneller Technik, kurzweiligen Vorträgen, Austausch in Kleingruppen und der Weinprobe konnten wir den Spirit der vergangenen Jungwinzer*innentagung aufflackern lassen. Besonders das Feedback in den Kleingruppen hat mir

gezeigt, dass uns gelungen ist, neben den fachlichen Inhalten auch Emotionen und Begeisterung zu transportieren“, sagte Moderator Mathias Scheidweiler nach der Veranstaltung.

Anne Meyer von ECOVIN dankte besonders allen Sponsoren, die die Tagung durch ihre Geld- und Sachspenden zum Erfolg werden ließen. „Ohne das Sponsoring der Unternehmen wäre eine solche Veranstaltung nicht möglich. Genauso danke ich dem achtköpfigen Orga-Team, das viele unbezahlte Stunden in die Vorbereitung gesteckt hat, und natürlich allen Teilnehmenden, die sich auf die digitale Jungwinzer*innentagung eingelassen haben. Wir waren digital erfolgreich, trotzdem hoffen wir auf ein Wiedersehen.“

Für 2022 plant ECOVIN eine weitere Jungwinzer*innentagung zum Thema Boden, dann als Präsenzveranstaltung, da praktische Anschauung beim Thema unerlässlich ist.

Das Organisationsteam der ECOVIN Jungwinzer*innentagung wurde unterstützt durch die Sponsoren:

Bohlsener Mühle GmbH & Co. KG, Braun Maschinenbau GmbH, Deutscher Kork-Verband e.V., Erbslöh Geisenheim GmbH, ERO GmbH, Ernst Moeschle Behälterbau GmbH, Fachverlag Dr. Fraund, Hochschule Geisenheim University, HUOBER BREZEL GmbH & Co., Lebensbaum, Richard Wagner GmbH + Co. KG, Scharfenberger GmbH & Co. KG, Verein Ehemaliger Rheinhessischer Fachschüler Oppenheim e.V. (VE0)

Zahl der Anschläge (inklusive Leerzeichen): 3.759

ECOVIN Bundesverband Ökologischer Weinbau e. V.

Ralph Dejas | Geschäftsführer

Wormser Straße 162

D-55276 Oppenheim

T +49 (61 33) 16 40

F +49 (61 33) 16 09

info@ecovin.de

Germanwatch unterstützt gemeinsam mit Fridays for Future Klimaklage portugiesischer Kinder und Jugendlicher vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

geschrieben von Andreas | 14. Dezember 2021



Gemeinsame Pressemitteilung Germanwatch / Fridays for Future Deutschland

- **Klimaklage vor Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte richtet sich gegen 33 Staaten – darunter auch Deutschland**
- **Sechs Kinder und Jugendliche aus Portugal fordern stärkere Reduzierung von Emissionen, um ihre Menschenrechte zu schützen**
- **Im Rahmen der nun beantragten Intervention von Germanwatch und FFF sollen zusätzliche Expertise und Argumente in das Verfahren eingebracht werden**

Berlin (22. Feb. 2021). Germanwatch hat gemeinsam mit Fridays for Future Deutschland (FFF) heute einen Antrag beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gestellt,

um einer Klimaklage von sechs portugiesischen Kindern und Jugendlichen als Streithelfer beizutreten. Sie unterstützen damit offiziell das Anliegen der jungen Klägerinnen und Kläger. Die Klage richtet sich gegen alle 27 EU-Mitgliedsstaaten sowie Großbritannien, die Schweiz, Norwegen, Russland, die Türkei und die Ukraine als weitere große europäische Emittenten. Diese Staaten verletzen nach Ansicht der klagenden Jugendlichen ihre Menschenrechte, da sie ihre Treibhausgase nicht ausreichend reduzieren, um die Erderhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Sie berufen sich dabei auf die Europäische Menschenrechtskonvention, die nach ihrer Interpretation die europäischen Regierungen zu einer Reduktion von Treibhausgasen innerhalb ihrer Grenzen sowie zu einer Verantwortungsübernahme für die Emissionen, die im Ausland freigesetzt werden, verpflichtet.

In den vergangenen Jahren hat Portugal als Folge der Klimakrise starke Hitzewellen und dadurch beförderte Waldbrände erlebt. Ein Risiko, das sich im Laufe des Lebens der noch jungen Klägerinnen und Kläger weiter vergrößern wird.

Durch die Intervention möchten Germanwatch und FFF durch zusätzliche Argumente die Kläger und Klägerinnen in dem Verfahren gegen die Versäumnisse der beklagten Staaten beim Klimaschutz stärken. Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch: „Wir möchten in unserer Rolle als Streithelfer die Notwendigkeit und Machbarkeit ambitionierter Emissionsreduktionen verdeutlichen – insbesondere auch in Deutschland. Diese Argumente werden auch in der von Germanwatch und anderen Organisationen unterstützten Verfassungsbeschwerde gegen das unzureichende deutsche Klimaschutzgesetz der neun Kinder und Jugendlichen vor dem Bundesverfassungsgericht angeführt. Deutschland muss seinen Anteil leisten und Emissionen ausreichend und wirkungsvoll reduzieren, um Grundrechte und Freiheiten der heute jungen Menschen und nächsten Generationen zu schützen.“

Maximilian Herzog, Aktivist bei FFF: „Den Kampf gegen die

Klimakrise führen wir als Jugend nicht nur auf den Straßen, sondern auch vor Gerichten. Wir solidarisieren uns mit unseren Mitstreiter*innen aus Portugal, die deutlich machen, dass 33 Länder mit ihrer Klimapolitik schon heute fundamentale Menschenrechte verletzen. Diese Klage bietet eine historische Möglichkeit, Deutschland endlich zu konsequentem Klimaschutz zu verpflichten, wofür bereits 2019 über 1,4 Millionen Menschen in Deutschland demonstriert haben. Gemeinsam mit Germanwatch und führenden Wissenschaftler*innen möchten wir unseren Beitrag zum Erfolg dieser historischen Klage leisten.“

Die Klage der Portugiesen wurde im September vergangenen Jahres beim EGMR eingereicht. Anstatt vor nationale Gerichte zu ziehen, wählten sie aufgrund der Dringlichkeit der Klimakrise den direkten Weg nach Straßburg und hatten bislang Erfolg: das Gericht nahm sich der Klage in einem Schnellverfahren an und forderte die beklagten Staaten im November zur Stellungnahme auf. Ein Urteil des EGMR wäre für alle beklagten Staaten rechtsverbindlich und würde die europäischen Regierungen zur ambitionierteren Eindämmung der Klimakrise verpflichten.

Neben Germanwatch und FFF Deutschland haben auch Organisationen und Jugendgruppen in weiteren europäischen Ländern Anträge auf Streithilfe eingereicht, um die Kinder und Jugendlichen aus Portugal in ihrer Klage zu unterstützen. Eine Antwort des Gerichts, ob den Anträgen stattgegeben wird, wird es vermutlich im März geben.

Kontakte für Medien:

Stefan Küper

Pressesprecher Germanwatch

presse@germanwatch.org, 0151 252 110 72

Caroline Schroeder

Referentin für Klimaklage-Kommunikation, Germanwatch

schroeder@germanwatch.org, 0160 980 42 898

Presse-Team, Fridays for Future

Presseteam@fridaysforfuture.de

0431 5357 983

Hinweis: Falls Sie keine PM von Germanwatch mehr erhalten möchten, senden Sie bitte eine kurze Abmeldung an u.a. mail-Adresse.

–

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

+++ Wegen der allg. Corona-Schutzmaßnahmen derzeit im Homeoffice per Handy erreichbar +++

mobil: 0151 / 252 110 72

E-Mail: kueper@germanwatch.org

www.germanwatch.org

**Amazon verliert Rechtsstreit
mit foodwatch: Auch Online-
Lebensmittelhändler müssen
Kennzeichnungsregeln
einhalten – Urteil des OLG**

München mit Signalwirkung für den Online-Handel

geschrieben von Andreas | 14. Dezember 2021



Berlin, 18. Februar 2021. Auch Online-Lebensmittelhändler müssen sich an die gesetzlichen Kennzeichnungspflichten halten. Dies entschied das Oberlandesgericht München am Donnerstag und gab damit einer Klage der Verbraucherorganisation foodwatch gegen Amazon und seinen Lebensmittel-Lieferdienst „Amazon Fresh“ statt. Der Onlinehändler hatte bei Obst und Gemüse die Vorgaben für Herkunftsangaben missachtet – ein Verstoß gegen europäisches Recht, wie das Gericht nun bestätigte. foodwatch forderte die Bundesregierung auf, für eine bessere Kontrolle von Online-Lebensmittelhändlern zu sorgen. Die Corona-Krise habe die Nachfrage nach Lieferdiensten deutlich erhöht, doch die kommunale Lebensmittelüberwachung sei mit der Kontrolle der oft global agierenden Online-Händler überfordert.

„Das Urteil zeigt: Gesetzliche Kennzeichnungspflichten gelten auch für Online-Riesen wie Amazon und nicht nur für den Supermarkt um die Ecke“, sagte Oliver Huizinga von foodwatch. „Das Urteil aus München hat Signalwirkung für den gesamten Lebensmittelhandel im Internet und muss eine Reform der Lebensmittelüberwachung zur Folge haben. Der Fall Amazon Fresh macht deutlich, dass die Kontrolle von Online-Shops nicht funktioniert.“

Im Januar 2020 hatte bereits das Landgericht München zugunsten der Verbraucherorganisation entschieden – dagegen hatte Amazon

jedoch Berufung eingelegt. Das Oberlandesgericht München bestätigte das Urteil nun in zweiter Instanz.

foodwatch hatte Amazon im März 2018 abgemahnt und dann – nachdem das Unternehmen sich weigerte, die Kennzeichnung zu ändern – beim Landgericht München Klage eingereicht. Amazon hatte europäische Vorgaben für die Herkunftskennzeichnung missachtet. Anstatt konkret zu benennen, woher angebotene Früchte und Gemüse stammen, hatte Amazon bis zu 13 mögliche Herkunftsländer angegeben. Dabei sind Lebensmittelhändler gesetzlich verpflichtet, bei den meisten frischen Obst- und Gemüsesorten das genaue Herkunftsland zu nennen. Dies gelte auch für im Internet verkaufte Ware, bekräftigte das Oberlandesgericht München. Eine schriftliche Urteilsbegründung steht noch aus.

foodwatch forderte, dass Online-Supermärkte systematisch auf die Einhaltung von Kennzeichnungspflichten und auf Produktsicherheit geprüft werden. Die kommunalen Kontrollbehörden seien jedoch oft mit der Überprüfung der Online-Händler überfordert. Die kommunale Struktur der Lebensmittelüberwachung sei in Zeiten von globalen Warenströmen und einer Zunahme des Internethandels nicht mehr zeitgemäß, so foodwatch. Die Bundesregierung müsse daher eine Reform der Lebensmittelüberwachung anstoßen, damit die Zuständigkeit für die Überwachung von Online-Lebensmittelhändlern vollständig auf den Bund, etwa das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit (BVL), übertragen wird.

2018 hatte ein foodwatch-Vergleichstest der fünf großen Online-Lebensmittelhändler Amazon Fresh, Rewe Online, Allyouneedfresh, Mytime und Bringmeister Lücken bei der Produktkennzeichnung sowie bei der Kontrolle der Shops durch die Lebensmittelbehörden aufgezeigt. Herkunftsangaben sind für viele Verbraucherinnen und Verbraucher wichtig beim Lebensmitteleinkauf. Eine repräsentative Befragung des Meinungsforschungsinstituts TNS Emnid im Auftrag von foodwatch etwa zeigte, dass sich fast 90 Prozent der Bürgerinnen und

Bürger klare Angaben zur Herkunft der Zutaten wünschen.

Quellen und weiterführende Informationen:

- Screenshots unzulässiger Herkunftsangaben auf der Amazon Fresh-Seite (zip-Datei, Download): <http://t1p.de/2j6b>
- foodwatch-Umfrage unter anderem zur Herkunftskennzeichnung: <https://www.foodwatch.org/de/aktuelle-nachrichten/2014/3-von-4-verbrauchern-scheitern-an-lebensmittelkennzeichnung/>

Pressekontakt:

foodwatch e.V.

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)174 / 375 16 89

Der neue EU-Asylpakt: Aus Fehlern nichts gelernt

geschrieben von Andreas | 14. Dezember 2021



Zwei neue Berichte dokumentieren die fatalen Folgen der europäischen Migrationspolitik

Berlin, 15.02.2021. Die Lebensbedingungen im Flüchtlingscamp Kara Tepe/Mavrovouni auf Lesbos entsprechen nicht einmal den internationalen Mindeststandards für humanitäre Krisen. Doch die EU will die Politik fortsetzen, die für diese Zustände verantwortlich ist. Das kritisieren die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam und der Griechische Flüchtlingsrat (GCR) in zwei neuen Berichten. Die beiden Organisationen fordern einen besseren Schutz der Rechte von Menschen auf der Flucht und eine fairere Verteilung von Verantwortung innerhalb der EU.

Der Bericht [„Tipping the Scales“](#) analysiert, welche Auswirkungen die Weigerung der EU-Länder, Asylsuchende innerhalb Europas umzusiedeln, auf die Situation in Griechenland hat. Er zeigt, dass die Mitgliedsstaaten ihren Verpflichtungen wiederholt nicht nachkamen: entweder, indem sie sich von vornherein weigerten, Geflüchtete aus Griechenland aufzunehmen, oder weil sie ihre Zusagen nicht einhielten. Die EU-Länder haben zudem immer wieder versucht, sich ihrer rechtlichen Pflichten zu entziehen, indem sie die Zusammenführung von Familien durch bürokratische Hürden erschwerten.

All dies schuf zusätzlichen Druck auf die griechischen Asyl-Einrichtungen und führte zu miserablen Lebensbedingungen auf den griechischen Inseln. Die aktuelle Situation auf Lesbos dokumentiert die Februarausgabe des [„Lesbos Bulletin“](#): Zwar hat Griechenland mit Unterstützung der EU die Situation in den Flüchtlingslagern zuletzt teilweise verbessert. So teilen sich in Mavrovouni mittlerweile 47 Menschen eine Warmwasserdusche, nicht mehr 7.600 wie vor einigen Wochen. Doch weiterhin steht 21 Menschen nur eine Toilette zur Verfügung, was nicht den Mindeststandards entspricht, die für internationale Hilfseinsätze in humanitären Krisen und Katastrophen gelten.

Geteilte Verantwortung? Fehlanzeige

Oxfam und GCR analysieren zudem den Vorschlag der EU-

Kommission für die Neuordnung der Migrations- und Asylpolitik, insbesondere im Hinblick darauf, ob der Umgang mit Geflüchteten künftig solidarischer innerhalb der EU organisiert wird. Das Fazit: Die Pläne bieten keine Lösungen für die Probleme, die zu den menschenunwürdigen Zuständen auf den griechischen Inseln geführt haben.

„Die EU hat selbst eingeräumt, dass sie mit ihrer Asylpolitik gescheitert ist. Doch der Vorschlag für einen neuen Migrationspakt schreibt genau dieselbe Politik fort. Im besten Fall wird so der zermürende Schwebzustand verlängert, in dem die Menschen auf den griechischen Inseln ausharren. Im schlimmsten Fall werden sie in die Gefahren zurückgeschickt, denen sie entkommen wollten“, kritisiert Raphael Shilhav, Oxfams Experte für Migrationspolitik im Büro Brüssel.

Die Corona-Pandemie hat zudem zuletzt viele zusätzliche Probleme geschaffen: Familienzusammenführungen können nicht stattfinden und eingeschränkte Öffnungszeiten der griechischen Behörden sowie Ausgangssperren für Geflüchtete verlangsamten die Bearbeitung von Asylanträgen. Zudem wurde der Zugang zu rechtlichem Beistand stark eingeschränkt.

EU entledigt sich ihrer Verantwortung für Geflüchtete

Auf die Überlastung der griechischen Asyl-Einrichtungen reagierte die Regierung unter anderem mit Gesetzesreformen, verstärkter Abschiebehaft und neuen bürokratischen Hürden im Asylprozess. Die Folgen sind dramatisch: Jeder fünfte Geflüchtete hat einen Selbstmordversuch unternommen, Menschen werden ohne rechtliche Grundlage inhaftiert, darunter Alte und Überlebende sexualisierter Gewalt. Zudem leben die Bewohner*innen der Flüchtlingslager in ständiger Gefahr vor sexuellen Übergriffen und Kindern wird ihr Recht auf Bildung verwehrt. Berichte über häusliche Gewalt haben zugenommen und die im Zuge der Pandemie verhängten Bewegungseinschränkungen hindern Frauen daran, professionelle Hilfe zu suchen.

„Seit dem EU-Türkei-Abkommen haben die EU und ihre Mitgliedsstaaten versucht, sich ihrer Verantwortung für Geflüchtete zu entledigen. Europa muss die Rechte von Menschen schützen, die bei uns Zuflucht suchen, und zwar solidarisch und in gemeinsamer Verantwortung“, fordert Spyros-Vlad Oikonomou vom Griechischen Flüchtlingsrat.

Redaktionelle Hinweise:

- Interviews mit Expert*innen in Athen und Lesbos (Englisch, Griechisch) und in Brüssel (Englisch) sind möglich.
- Der Bericht “Tipping the Scales: The role of responsibility and solidarity sharing in the situation on the Greek Islands” finden Sie unter folgendem Link:
https://www.oxfam.de/system/files/documents/report_tipping_the_scales_-_no_embargo.pdf
- Das aktuelle Lesbos-Bulletin finden Sie unter folgendem Link:
https://www.oxfam.de/system/files/documents/february_lesbos_bulletin_-_final.pdf
- Der griechische Minister für Migration und Asyl rechtfertigte die Reformen des griechischen Asylrechts damit, Griechenland zu einem „weniger attraktiven Ziel für Migrationsströme“ zu machen und zur „Entstauung“ der Inseln beizutragen.
- Der Studie „The Cruelty of Containment: The Mental Health Toll of the EU’s ‘Hotspot’ Approach on the Greek Islands“ des International Rescue Committee zufolge, hat jeder dritte Asylbewerber Selbstmordgedanken und jeder fünfte bereits versucht, sich das Leben zu nehmen.
- Im Jahr 2019 gab es in Griechenland 240 abgelehnte Asylanträge, im Jahr 2020 über 2800.
- Nur ein Drittel der für die Jahre 2015 bis 2017 vereinbarten 160.000 Umsiedlungen haben stattgefunden. Nach dem Brand in Moria versprochen die europäischen Länder die Umsiedlung von 5100 Menschen. Mit 2050 Umsiedlungen wurde weniger als die Hälfte davon erfüllt.

Pressekontakt:

Steffen Küßner, Tel.: 0177-8809977, E-Mail: skuessner@oxfam.de, Twitter: @OxfamPresse

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in 67 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland